

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,20 Mk. einchl. Postgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Gratisbeilagen:
Unparteiisches Unterhaltungsblatt
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Gartenbau — Anzeigenteil

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., im Restmonat 30 Pf. Chiffrenanzeigen und Anzeigen 20 Pf. mehr. Platzgebühr ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr nachmittags.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 281

Sonnabend den 1. Dezember 1917

44. Jahrg

Neue Angriffe der Engländer bei Cambrai zurückgeschlagen.

Der neue Kanzler.

Mit derselben Spannung, mit der das Werden der neuen Regierung Hertling-Paetz-Friedberg in der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes verfolgt wurde, sah man dem ersten Auftreten des neuen Kanzlers im Reichstage entgegen. Die Tribünen des Hauses und der Saal selbst waren überfüllt wie selten an großen Tagen. Nicht nur sämtliche Staatssekretäre des Reiches, sondern auch alle preussischen Minister, unter ihnen der Vizepräsident Dr. Friedberg und die führenden Minister der süddeutschen Bundesstaaten wohnten der Donnerstag-Sitzung bei, in der Graf Hertling zum ersten Male als Kanzler zum deutschen Volke sprechen konnte. Kaum nachdem der neue Kanzler das Wort ergriffen hatte, war das Rindfleisch zwischen ihm und der Volksvertretung hergestellt. Die Erfahrungen, über die Graf Hertling als langjähriger Parlamentarier verfügt, ließen ihn sofort den richtigen Ton finden, in dem ein Reichskanzler zu der Volksvertretung sprechen muß und in dem zu keinem eigenen Nachteil Herr Dr. Michaelis nicht sprechen konnte. Es zeigte sich in dem ersten Vortrags des Grafen Hertling, wie recht die Parteien der Linken hatten, wenn sie Sabotage hindurch verlangten, die leitenden Staatsmänner müßten aus derselben Volksvertretung entnommen sein, um bei sie zusammen zu arbeiten haben. Aber nicht nur die Sprache, mit der Graf Hertling sich äußerte, und innerpolitisches Programm entwickelte, gewann ihm das Vertrauen der großen Mehrheit des Reichstages, sondern auch der sachliche Inhalt seiner Ausführungen. Das, was er in den Tagen der Verhandlungen vor der endgültigen Übernahme des Kanzleramtes versprochen hatte, hat er restlos gehalten. Er hat keine Einschränkungen gemacht, wie sie seinem Vorgänger bald so gefährlich wurden: er hat die Aufgabe für innerpolitische Reformen und für die Führung der auswärtigen Politik im Sinne der Mehrheitsparteien erfüllt. Dem Grafen Hertling, der von dem Präsidenten Dr. Paetz wie noch nie zuvor ein Reichskanzler freundlich begrüßt wurde unter Vermeidung an die letzte Rede, die er als Zentrumsführer im Reichstag gehalten hat, ist es nicht leicht geworden, an die Spitze des Deutschen Reiches zu treten. Er bekannte es selbst und versicherte, daß ihm nur die Pflicht, dem Vaterlande das Beste zu geben, zu der Übernahme des Kanzleramtes veranlaßt habe. Aber wenn man dann den neuen Kanzler sprechen hörte, frisch und frei mit laut vernehmbarer Stimme, so konnte man vergessen, daß er ein hoher Sechziger ist. Es fied viel Energie in dem kleinen Körper, und dieser Energie wird Graf Hertling auch bedürfen, wenn er sein Programm, das er am Donnerstag unter Zustimmung der Mehrheitsparteien im Reichstage entwickelte, gegen die offenen und versteckten Feinde, die sich auf der Rechten und bei den unabhängigen Sozialdemokraten durch Hindernisse vernehmen lassen, durchzuführen will. Dieses Programm besteht formell in dem Vorschlag, vertrauensvoll mit dem Reichstage in allen Fragen zusammen zu arbeiten. Sachlich will er den Erfordernissen der neuen Zeit gerecht werden, und er bekannte sich damit zu der Reformpolitik der Neuorientierung, deren eifriger Förderer er bereits als bayerischer Ministerpräsident gewesen ist. Er versprach, daß in der nächsten Tagung das Arbeitsamtergesetz dem Reichstage zugehen werde und ebenso auch die Novelle zur Gewerbeordnung, die den Gewerkschaften die Koalitionsfreiheit sichert. Nur mit einem Satz, aber deutlich verständlich für alle, auch für die konservativen Rechte, die durch Zwischenrufe zu erkennen gab, daß sie den Satz auch wirklich verstanden hatte, ließ Graf Hertling erkennen, daß er sich für die Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform mit aller Kraft einsetzen werde. Die Sozialpolitik soll fortgeführt und erweitert werden. Die Justiz soll eine Milderung erfahren, die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes sollen gelockert werden.

Nach einer Schilderung unserer günstigen Kriegslage und nach Worten herzlichen Dankes für die wackeren Kämpfer zu Wasser und zu Lande widmete Graf Hertling einen großen Teil seiner Ausführungen der auswärtigen Politik. Er stellte an die Spitze die von dem Reichstage mit lebhaftem Beifall angenommene Mitteilung, daß am Mittwochabend die gegenwärtige russische Regierung Kenntnis an die Regierungen der Völker der kriegführenden Länder funktelergraphisch die Aufforderung gerichtet hat, zu einem neuen Termin die Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. Auf der Grundlage unserer Antwort auf die Passnote, zu der sich der Kanzler neu bekannte, sollen die Vorschläge der russischen Regierung geprüft werden und soll mit den bevollmächtigten russischen Vertretern verhandelt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker soll bei diesen Verhandlungen beachtet werden, und von solchen Verhandlungen erhofft Graf Hertling, daß sie uns den Frieden bringen können. Wie es bei Beginn des Krieges feierlich versprochen wurde, daß uns nicht Eroberungslust treibt, so soll es bleiben, und nicht bei uns bestehen die Eroberungsabsichten, sondern bei den Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens, denen wir mit unseren Friedensversicherungen keinen Freibrief gegeben haben. Schon der lebhafteste Beifall, den die Darlegungen des Kanzlers bei den Mehrheitsparteien fanden, ließ erkennen, daß er ihrer Zustimmung sicher war.

In den Erklärungen, die für das Zentrum der Abg. Trimborn, für die Sozialdemokratie Herr Scheidemann, für die Fortschrittliche Volkspartei der Abg. Fischel und für die Nationalliberalen Dr. Stresemann abgab, wurde das bekräftigt. Wie in parlamentarisch regierten Ländern folgten die Antworten auf die Kundgebung vom Regierungssitz. Die vertrauensvolle Bitte um Unterstützung aus dem Hause fand eine vertrauensvolle Zusage. Der fortschrittliche Führer Fischel war erweislich, daß in den Fragen der auswärtigen Politik unsere Antwort in dem Maße die Richtigkeit bleiben soll und Begrüßung besonders nachdrücklich die Aufnahme, die das russische Angebot bei der deutschen Reichsleitung gefunden hat. Auch das innerpolitische Programm fand in der fortschrittlichen Erklärung Zustimmung und Billigung. Alle Ausnahmestimmungen auf politischem, religiösem und sozialem Gebiet müssen fallen und der erste Schritt dazu ist für die fortschrittliche Volkspartei in der Umfindung des Arbeitsamtergesetzes und der Gewerbeordnungsnovelle erkennbar. Die preussische Wahlrechtsreform wird hierfür ein entscheidendes Pflichten sein unter Zurückdrängung militärischer Einflüsse muß das alle Belagerungszustands-Gesetz geändert werden. Die fortschrittliche Volkspartei ist zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Regierung bereit und will ihre Wünsche den Kriegsnöwendigkeiten unterordnen. In heißen Danke für das an den Fronten Geleistete will sie ein neues Deutschland zimmern helfen, das schöner und freier ist, als das alte, damit die Juristengelehrten sich darin wohl fühlen und die Dabeingebliebenen einen Ansporn haben, in der Hoffnung auf dieses neugefaltete Deutschland die schweren Lasten des Krieges weiterhin zu tragen. Die Sozialdemokratie hat sich zwar nicht an der Regierung beteiligt, aber sie will nach der Befreiung des Herrn Scheidemann dieser neuen nach parlamentarischen Gebräuchen entstandenen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, sie will sie unterstützen in der Hoffnung, daß sie alle Hindernisse für einen dauerhaften Frieden beseitigt. Der neue Reichskanzler konnte nach dem Gange der Debatte einen vollen Erfolg verzeichnen.

Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Wahlrechtsreform und Reichstagswahlrecht. Nachdem nunmehr dem preussischen Landtag ein Gesetzentwurf, der das Dreiklassenwahlrecht beseitigen und

durch das Reichstagswahlrecht mit einigen Modifikationen erlesen wird, vorgelegt worden ist, erregt es anfangs, herozuziehen, wie sehr das Dreiklassenwahlrecht die Zusammenziehung einer Volksvertretung beeinflusst hat. Das ergibt sich aus einem Vergleich zwischen der Zusammenziehung des preussischen Abgeordnetenhauses in seiner gegenwärtigen Gestalt und den Reichstagsabgeordneten, die in den 230 Reichstagsabgeordneten des Reiches gewählt worden sind. Ein Vergleich zwischen der Vertretung der 443 preussischen Landtagsabgeordneten und der 236 preussischen Reichstagsabgeordneten zeigt, daß gegenwärtig vertreten sind

	im Abgeordnetenhause:	im Reichstag:
Nationalliberale	78	25
Deutschkonservative	148	55
Deutsche Fraktion (Freikomp.)	54	26
Zentrum	100	50
Polen	12	18
Nationalliberale	73	28
Fortschrittliche Volkspartei	40	25
Sozialdemokraten	10	50
Wilde	3	5
	443	236

Diese Nebeneinberufung bietet eine Erklärung, weshalb die Konservativen von dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für das preussische Abgeordnetenhause nichts wissen wollen. Sie erklären sich auch, weshalb der konservative Führer von Brandenburg am 17. Januar im preussischen Abgeordnetenhause die Zusammenziehung des Abgeordnetenhauses als fast ideal bezeichnet hat und warum er an dem indirekten und öffentlichen Dreiklassenwahlrecht in Preußen höchstens Schwächen entdecken konnte. Ein völlig außerordentliches Bild von der zukünftigen Zusammenziehung des Abgeordnetenhauses liefert die obige Zusammenstellung nicht, weil die Wahlrechtsreform für den Reichstag und das Abgeordnetenhause dieselbe von einander abweist und weil auch das neue Wahlrecht für Preußen in nicht unwichtigen Punkten sich von dem Reichstagswahlrecht unterscheidet, so daß viele Reichstagswähler, auch wenn sie Preußen sind, bei den Landtagswahlen nicht werden mitzählen dürfen, falls nicht noch Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen werden.

Die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Der Tag, an welchem Graf Hertling sich dem Abgeordnetenhause als preussischer Ministerpräsident vorstellte und die Beratung der Wahlrechtsvorlage und der Herrenhausreform beginnen soll, steht noch nicht fest. Es ist durch den bisherigen Gang der Beratungen zweifelhaft geworden, ob der in Aussicht genommene Termin des 4. Dezember innegehalten werden kann oder ob nicht eine Verschiebung auf Mittwoch, den 5. Dezember, eintreten muß. Endgültig wird darüber eine Donnerstag- oder Freitag stattfindende Beratung des Ausschusses entscheiden.

Graf Hertling darf erst nach drei Jahren wählen. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu der Wahlrechtsreform für die Wahlberechtigung: Die ganze Bestimmung und ihre Erläuterung wird durch ein einziges Beispiel ad absurdum geführt. Unter sie fällt nämlich auch der neue preussische Ministerpräsident Graf Hertling, der durch seine Berufung die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat. Auch er soll sich nach dieser neuen Begründung erst drei Jahre lang in die politischen Verhältnisse Preußens einleben, ehe er das Wahlrecht erhält, inwieweit aber durchaus bestritten sein. Die Gesetze Preußens zu lesen.

Die Triarier als allertrennteste Opposition S. 1025. In einer konservativen Verammlung in Neustadt hielt der konservative Abg. v. Bonin-Wehrenburg einen Vortrag, in dem er von der Neuorientierung nichts wissen wollte. Das Reichstagswahlrecht sei viel reformbedürftiger als das Landtagswahlrecht. Wir werden uns vor die Dynamik der Dinge stellen und werden sie gegen den Reichstag und gegen die königliche Staatsregierung mit unseren Leibern zu bedenken suchen! — Köstlich!

Der Weltkrieg

Das russische Waffenstillstands- und Friedensangebot.

Berlin, 29. November 1917.
Reichskanzler Graf von Hertling machte heute im Reichstag folgende Mitteilung:
Die russische Regierung hat gestern von Zarsolexe aus ein von dem Volkstummislar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trojtski und dem Vorsitzenden des Rates der Volkstummislar Herrn Kenu

unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegsführenden Länder gerichtet, worin sie vorzuschlagen, zu einem neuen Waffenstillstand zu treten, um einen allgemeinen Frieden zu bewirken.

Sie sieht nicht an, zu erklären, daß in den besetzten Vorhöfen distinkte Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erlitten werden können und daß sie bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung ihre beoimungsfähigen Vertreter entsendet.

Sie hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Der Berliner Korrespondent der „Kön. Ztg.“ erklärt zu den russischen Friedensanträgen in auf-fallendem Druak:

„Stellt sich heraus, daß die gegenwärtige Petersburger Regierung die nötigen Maßnahmen trifft, um ihren Willen zur Geltung zu bringen, dann würde sich auch die wichtige Frage über Verhandlungsfähigkeit von selber klären. Lord Robert Cecil hat erklärt, es bestehe nicht die Absicht, eine solche Regierung anzuerkennen. Für uns stellt sich die Frage einfach dahin: Wer hat die Macht? Verhindert sich mit der Macht der Wille zum Frieden, so legen wir nicht ein, warum wir nicht eine Regierung der Vollgewalt ebenfalls für Verhandlungsfähig ansehen sollten wie jede andere.“

Der Schweizer Bundesrat teilt mit: Der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten der maximalistischen Regierung in Petersburg Trozki hat den Vertretern der sechs neutralen europäischen Staaten in Petersburg eine Note überreicht, durch die er Kenntnis von den Vorschlägen gibt, die den Vorkämpfern der Entente bezüglich eines Friedens und Waffenstillstandes gemacht wurden. In der Note verlangte Trozki die amtliche Übermittlung der Vorschläge an die Regierungen der Zentralmächte. Der schweizerische Gesandte in Petersburg hat nach Beratung mit den übrigen dortigen neutralen Geandten Trozki den Empfang der Note bekräftigt. Der Bundesrat hat heute von diesen Mitteilungen Kenntnis genommen und beschlossen, bei seiner Gesandtschaft noch genauere Erkundigungen einzuziehen und die Mitteilungen der Vorschläge zu verlangen, die den Vorkämpfern der Alliierten in Petersburg gemacht worden sind. Demgemäß hat der Bundesrat sich keine Entscheidung über die Folge, die dem Schritt Trozki zu geben ist, vorbehalten. Die Schweiz vertritt keine Interessen in Rußland und ist von Rußland nie um Vertretung seiner Interessen in den kriegsführenden Ländern angegangen worden.

Nach einer neuer-Meldung schrieb der spanische Geschäftsträger Trozki, daß er Trozki's Note seiner Regierung übermittleit habe. Der Geschäftsträger habe hinzugefügt, er wolle alles tun, um zu einem Friedensschluß, nach dem die ganze Menschheit so sehr verlangt, beizutragen.

Wird Rumänien dem Beispiel Rußlands folgen?

Wie aus Amsterdam gemeldet wird, hat Rumänien eine Note an England, Frankreich und Amerika gerichtet, die darlegt, Rumänien werde durch die russischen Verhältnisse gezwungen, ohne die Hilfe der Alliierten die Front preiszugeben oder mit dem Feinde zu verhandeln. Rumänien wünscht, daß die Pariser Konferenz Erkundigungen schafft, damit Rumänien nur eine Lösung eingee, die die Alliierten besiedigt.

England und unsere Kolonien.

Neuer meldet: Bei einer Vorlesung in Kings College über die deutschen Kolonialbestrebungen sagte Sir Charles Lucas, der Vorsitzende des Kolonialinstituts, die kolonialen Bestrebungen Deutschlands gingen nicht dahin, diejenigen der anderen Völker zu ergänzen, sondern sie zu verdrängen. Dikafrika habe Deutschland in wunderbarer Weise für Kampfszwecke besetzt. Falls es nicht dazu gezwungen wird, sollte kein nicht-europäisches Volk, gleichviel ob weißes oder schwarzes, das dem deutschen Joch befreit worden ist, wieder unter dieses Joch zurückgebracht werden. Man hat davon gesprochen, keine Anzessionen zu machen, aber was in Ostafrika zu beachten ist, das ist die Wüste, Granatstein und die Unmoralität, mit der die deutsche Herrschaft über die Eingeborenen gehandhabt wurde. Es würde in der Zukunft keinen Frieden in der Welt geben, wenn nicht Deutschland aus Afrika ausgeschlossen bliebe.

Auf der Konferenz der vereinigten britischen Handelskammern führte der Premierminister in einer Rede aus, jeder Vorschlag, Samoa und Neu-Guinea wieder an Deutschland zurückzugeben, würde von der britischen Bevölkerung des südlichen Stillen Ozeans als bittere Enttäuschung empfunden werden. Es würde bedeuten, daß Samoa zum Hauptland der deutschen Stillen-Ozean-Flotte würde. Die Deutschen würden dort eine Station für drahtlose Telegraphie einrichten, und eine U-Boot-Basis anlegen. Der Premier fügte hinzu, die britische Regierung ist darüber unterrichtet worden, daß wir entschlossen sind, die Deutschen nicht wieder auf die Inseln des Stillen Ozeans zu lassen, wenn wir es auf irgend eine Weise verhindern können.

Die Kämpfe an der Westfront.

In Flandern heftige Beschüßung. — Aussehen der Schlacht bei Cambrai.

Aus Berlin wird in Ergänzung des gestrigen Nachmittagsberichts unserer Obersten Seeerklebung gemeldet: In Flandern lag am 28. November auf dem Abschnitt von Beckapelle und Passchendaele ununterbrochen heftiger Beschüß. Von 11 Uhr vormittags ab richtete sich sehr starkes Feuer auf unsere Linien nördlich von Beclaire bis zur Straße Dierm-Menin, das

sich zu einflüchtigem Trommelfeuer in Gegenden Gheluvelt steigerte. Feindliche geplante Angriffe kamen in unserem wichtigste zusammengefügten Vernichtungsfeld nicht zur Entfaltung. Und nachmittags erhielt der Abschnitt Montcaire-Handvoorde bei lang andauerndem Feuer starken Beschüß. Besonderer Nachdruck lag auf unseren Stellungen beiderseits Bulschbed, wo bei den morgentlichen Unternehmungen bayerischer Stoßtrüpps der Feind außer der gemeldeten Gefangenen einbe schwere blutige Verluste hatte. Um 6 Uhr abends wurde hier eine starke feindliche Abteilung, die nach bestiger Artillerievorbereitung vorstieß, im Handgranatentamp und Mächtigengewehrfeuer abgewiesen. Am Abend wurde unsere Stellung zwischen der Rüste und dem Newport-Kanal bis zum Houthulster-Walde planmäßig mit allen Kalibern beschossen. Um 8 Uhr 30 abends schloß das Feuer in Gegenden Passchendaele übergehend trommelfeuerartig an und erreichte gegen Mitternacht große Heftigkeit. Einblüß der Gecarpe wurden bei teils lebhafter Feuerstärke feindliche Patrouillen abgewiesen.

Auf dem Kampfpfahle westlich Cambrai steigerte sich nach verhältnismäßig ruhiger Nacht am Vormittage des 28. November das feindliche Feuer auf dem Abschnitt von Ducant bis Bourlon zu großer Stärke. Feindliche Patrouillen, die gegen Moürres und Bourlon vorstießen, wurden verjagt. Am Nachmittage schloß auch bei Fontaine und Crevecoeur das Feuer zeitweise an. Am Abend nahm das feindliche Artillerie- und Minenfeuer vor allem beiderseits der Straße Uras-Cambrai und im Abschnitt von Bullecourt bis La Folie und zwischen Moerens und Bourlon zu. Die Stadt Cambrai wurde wiederum von Feinde beschossen. Ueberdies feindliche Anmannungen bei Graincourt, Anneux und Le Rave wurden unter Vernichtungsfeldfeuer genommen.

Westlich und östlich der Maas wurden bei nachmittags aufstrebendem Artilleriefeuer stärkere französische Abteilungen unter erheblichen Feindverlusten abgewiesen.

Starkes Artilleriefeuer bei Voelkewitz.

Westlich von Bourlon ist ein englischer Angriff verlustreich gescheitert.

Die englischen Verluste in Flandern.

Wiederum ergeben die Veröffentlichungen der englischen Zeitungen von englischen Verlusten ein erschreckendes Bild. Vom 21. bis 31. Oktober 1917 verloren die Engländer täglich durchschnittlich 3580 Mann. Zu bedenken ist hierbei noch, daß dies amtliche Angaben sind, in Wirklichkeit wird es wohl noch schlimmer aussehen.

Der Krieg mit Italien

Erneute italienische Massenangriffe zusammengeschoben.

In Italien brachen erneut italienische Angriffe auf dem Weisner der Brenta und am Monte Tomba unter schweren Verlusten für die Italiener zusammen.

Der Kriegsberichtsführer der Wiener „Zeit“ meldet: Seit Dienstag hat sich über das Kampfgebiet an der unteren Piave dichter Nebel gelagert. Im Schutze des Nebels richteten die Italiener Mittwoch vormittags einen Angriff gegen den Tridentenpost bei Zenson. Sie wurden unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

An der Ostfront

und auf dem Balkan letztschwuph haben sich keine größeren Kampfhandlungen angepießt.

Vom Seekriege.

Zünf neue Schiffverrentungen

werden heute gemeldet.

Englands Wasserverteufte.

Die britische Admiralität meldet: In der vergangenden Woche wurden 14 Schiffe über 1600 Tonnen und 7 Schiffe unter 1600 Tonnen versenkt. 18 Schiffe wurden ergebnislos angegriffen.

Der türkische Krieg.

Der türkische Kriegsminister über die Lage.

In der Sitzung der türkischen Abgeordneten-kammer vom 26. November gab der Kriegsminister folgende Erklärungen ab:

„Ich komme eben von den Kriegsfrenten. An der Westfront sind wir ein wenig vegerückt, um die Lage der Engländer zu erkunden; aber bevor die beiden Armeen miteinander in Kampf gerieten, gingen die Engländer von Jossens längs des Tigris zurück. Der Kampf, der sich vorher am Capirat in der Umgebung von Hamadieh entpannen hatte, ist in Wirklichkeit ein Ereignis, das auf die allgemeine Lage ohne Einfluß ist. Ich bin überzeugt, daß unsere Armee an dieser Front in materieller und moralischer Beziehung instand ist, ihre Pflicht zu tun.“

In Syrien mußte die türkische Armee infolge gewisser militärischer Erfordernisse ein wenig zurückweichen, aber nunmehr werden sich die Lage verhältnismäßig zu unseren Gunsten. Dierauf bestellte ich der Minister mit der Zurückdrängung des Feindes nördlich von Wadi Ahsche. Heute, sagte der Minister, hat unsere Kavallerie den Feind in diesem Frontteile fast 11 Kilometer von der Front zurückgedrängt und Beute gemacht. An dieser Front bestellte ich vier Tausend bis Fünftausend Soldaten und Offiziere. Unsere Lage ist hier sicher, und es ist sogar leicht zu sagen, daß die Erfolge, die wir da zu erzielen begannen, sich weiter entwickeln.

Der englische Rückzug in Palästina.

Der englische General Allenby meldet aus Palästina: Unsere vorgehenden Erkundungstruppen, die auf das nördliche Ufer des Arnajia, der Weilen nördlich Jaffa, übergegangen waren, wurden von der feindlichen Infanterie zurückgedrängt und sollen jetzt das südliche Ufer and bedern die Übergänge. Bestimmte Truppen nahmen Beitir, Elatim und Wirtam, 32 Meilen westlich Jerusalem. Starke türkische Truppenabteilungen hielten das Hochgebirge westlich Jerusalem und bedeten die Straße Jerusalem-Sidon nach Norden.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Zum russischen Friedensvorschlag.

„Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg vom 26. November: Die Armee sieht durchweg Kenins Friedensvorschlag mit Vorbehalt an. Nur ein Viertel war damit einverstanden, mit den Deutschen Verhandlungen zu beginnen. Der allgemeine Veressausfluß in Hauptquartier wogerte sich, Serenno als Oberbefehlshaber anzuernennen.

„Sapras“ berichtet aus Petersburg: Ein Appell Trozki's an das Zentralkomitee des Sowjet bekräftigt die den Soldaten gegebene Erlaubnis, mit dem Feinde in Unterhandlungen zu treten. Der neue Generalstabschef Rylenow ist an der Front eingetroffen und wird die Angelegenheit des Waffenstillstandes durchzuführen.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg: General Balujew, Befehlshaber der Westfront, wurde abgesetzt, weil er sich weigerte, mit dem Feinde über den Waffenstillstand zu verhandeln. Er wurde durch einen Maximilian ersetzt. Die Veressausfluße von der räumlichen Front verlangten telegraphisch vom Bolschewitsch, er möge dem

Bürgerkrieg ein Ende machen

und eine sozialistische Koalitionregierung bilden. Goris Zeitung „Nowoje Schin“ ist sehr entrüstet über Friedensvorschläge, meint aber, daß die Antwort des tschechischen Geandten ein diplomatischer Erfolg für die Bolschewitsch ist.

Weitere Bestätigung der Bolschewitsch.

Eine Janas-Depeche aus Petersburg, deren Veröffentlichung auch in der französischen Presse zugelassen ist, sagt, meldet vom Dienstag: Die bisher vorliegenden Details der Verhandlungen in der Armee lassen keinen Zweifel mehr, daß die große Mehrheit des Heeres von den maximalistischen Ideen beeinflusst sei und der neuen Regierung jede Gefügigkeit leisten werde.

Neuer meldet aus London: Nach einer Depesche der Petersburger Telegraphen-Agentur haben die Maximilianen nach vierzigem Kampfe Tschist entzert. Der dort befindliche General Korowitschew wurde verhaftet. Staljonow und der englische Bolschewitsch festgenommen.

„West Journal“ meldet aus Petersburg: Auch gegen der früheren Minister des Auswärtigen Staljonow ist ein Haftbefehl der neuen Regierung ergangen, nachdem ein geheimes Briefwechsel Staljonow mit einer Frau in Petersburg aufgefunden worden ist.

Aus Basel wird gemeldet: Der „Matin“ meldet aus Amsterdam, daß der englische Bolschewitsch Buchanan, der Rußland verlassen wollte, in Finnland von den Parteigängern Kenins und Trozki's festgehalten wurde.

Der Bruch Englands mit der Entente.

„Daily Chronicle“ meldet: Die neue russische Regierung hat die Verträge mit den Alliierten auf Munitionslieferungen für die russische Armee mit sofortiger Wirkung getündigt. Die Regelung der finanziellen Verpflichtungen Rußlands ist der konstituierenden Verammlung vorbehalten.

Von der russischen Grenze wird der „Nat. Ztg.“ gemeldet: Das Blatt „L'Entente“, das vornehmlich von den Petersburger Ententebotschaften gepößt wird, meldet, daß die Spannung zwischen Rußland und den Alliierten in den letzten Tagen an Schärfe immer mehr zugenommen habe. Obgleich sich die Alliierten immer noch weigern, anzuerkennen, daß hinter der Gruppe von politischen Arbeitern tatsächlich das russische Volk stehe, sind doch die letzten Vorgänge an der russischen Front dazu angetan, zu befehdigen, daß von Seiten der Alliierten nunmehr die äußersten Maßnahmen unumvermeidbar seien. „L'Entente“ meldet dann weiter, daß Trozki in einer neuen Note im Namen des Rates der Volksbeauftragten an die Alliierten die Forderung gerichtet habe, die russischen Truppenabteilungen in Frankreich und Mesopotamien sofort nach ihrer Heimat abziehen zu lassen, ferner die unter englischen Kommando stehenden russischen Flottenkräfte wieder herauszugeben, und eine Forderung der Romandowgeleit in Kronstadt, Murman und Alexandrowsk durch die englischen Kommandanten an die lokalen Volksbeauftragten.

Schweden und die Malandinseln.

Die Malandinseln steht durchaus im Vordergrund des Interesses. „L'Entente“ erklärt in einem Leitartikel: Man könne aus den veröffentlichten Dokumenten entnehmen, daß bei einem Sieg der Entente Schweden den Tod gefunden hätte.

Der Krieg in den Kolonien

Anfänglich wird aus London gemeldet: In Ostafrika ergab sich der deutsche Oberst Ratzel mit 12 deutschen Offizieren, 6 Militärärzten, 8 deutschen Beamten und 1202 Afrikanern, sowie 220 Eingeborenen bedingungslos den britischen Truppen bei Nwawa. Er war aus Habenge vorgezogen und war offenbar in Unkenntnis darüber, daß Nwawa schon von den britischen Truppen besetzt war.

Verantwortlicher Redakteur Franz Röhner

in Merseburg.

Druck und Verlag von F. Röhner in Merseburg.

Politische Übersicht

Nordische Staaten. In Christiania traf am Donnerstag die Könige von Schweden und Dänemark ein zu Besprechungen mit dem König Oskar von Norwegen, die sich um die Lage der nordischen Reichs in Beziehung drehen.

Frankreich. Die Pariser Verhandlungskonferenz wurde am Donnerstag vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz Clemenceaus im Ministerium des Äußeren eröffnet. Clemenceau legte zur Begrüßung: In dem heutigen Krieg führt uns das Gefühl einer hohen Solidarität zwischen den Völkern in dieser Stunde zusammen.

England. Neuer Bericht aus Philadelphia, daß der Kommandant des deutschen Dampfers Prinz Eitel Friedrich, der vorzeitig nach England entwichen, wegen Verweigerung gegen das Gefäß über den weißen Schloßhandel zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Dampfer Prinz Eitel Friedrich ist ein deutscher Hilfskreuzer, der nach erfolglosen Wasserfahrten am 10. März 1915 in Newport News interniert wurde.

Deutschland

Zur allgemeinen Stellungnahme des Reichstages. Die Deutsche Parlamentskorrespondenz berichtet: Der Gesundheitszustand des neuernannten Reichsanwalts Dr. v. Bayer ist nicht beratend, das eine baldige Übernahme des Amtes erwartet werden kann. Es ist nun bemerkenswert, daß während die im Gesundheitszustand der einzelnen Reichsanwälte erlassenen Verordnungen und Bundesratsverordnungen von Reichsanwalt in Vertretung durch die Staatsanwälte geschickt werden, im letzten Reichsgeheißblatt eine Anzahl Verordnungen bekannt gegeben werden, die vom Stellvertreter des Reichsanwalts Grafen von v. Heudorn vollzogen sind.

Wichtig: Deutscher Diplomat. 10 deutsche und österreichische Diplomaten und Konsuln sind nach einer Wechsellage aus Amsterdam, mit ihren Familien New York auf einem norwegischen Dampfer verlassen. Es sind dies die diplomatischen Vertreter aus den südamerikanischen und asiatischen Staaten, die in New York auf freies Geheiß gewartet hatten. Die Bestimmungen des Schiffs in Christiania, falls nicht noch später von der englischen Admiralität anderweitige Anordnungen getroffen werden.

Der allensbürgliche Landtag stimmte der Regierungsvorlage über Verlängerung der Landtagswahlperiode und der Dauer der nächsten Finanzperiode bis 1921 bei und genehmigte Kriegsteuerungsanlagen für landliche Bezirke und Provinz, Gefährliche und Gefahr, Aufhebung und Hinterbliebenen im Gesamtvermögen von reichlich 700 000 Mk., abgelehnt dagegen wurde die Vorlage über Steuerfreiheit der Kriegsteuerungsanlagen.

Frankreich lehnt den allgemeinen Austausch der älteren Kriegsteilnehmer ab. Nach einer Mitteilung des französischen Ministeriums des Äußeren vom 22. November hat die französische Regierung den von der deutschen Regierung angenommenen allgemeinen Austausch der älteren Kriegsteilnehmer endgültig abgelehnt.

Sei wie eine Blume.

Roman von Erich Ebenlein.

32 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Als sie nicht kam, fragte man sich, ob vielleicht alles doch nur Täuschung gewesen und Baronin Flora am Ende wirklich nur zur Erholung fortgeritten war?

Später hieß es, sie sei zu Besuch bei ihren Verwandten in Wien.

Und dann war dieser schöne Mittelalter Graf Solbers hier aufgetaucht, der Frau Lou so reichend den Hof machte und den sie, wie einige wußten wollten, gelegentlich wenn ihr Schwager nicht dabei war — so sehr ermuntern sollte. Er wollte auf Urlaub bei Verwandten in Preußen.

Und heute hätte irgend jemand die Neugierde verbreitet, daß die Frau Baron Friedrichs in aller Stille zurückgekehrt war und oben bei ihrem todtrunkenen Kind lies, während er hier als Hausvater die Gäste empfing.

Es war jedoch interessant.

Martha Lou meinte man nicht die geringste Erregung an — und es hätte sie doch nicht fast lassen können, wenn ihre Schwägerin plötzlich zurückgekommen wäre! — aber der junge Baron war entschieden anders als sonst.

Wie er sich und wie er sich erholte, seine Augen schweiften unruhig umher, manchmal gab er ganz verkehrte Antworten.

Jetzt war er überhaupt unsichtbar geworden. Aber plötzlich war das Ganze auch nur Eifersucht auf den Grafen Solbers? Denn der trieb es ja zu bischen an heute.

Erstlich Frau Lou war auch immerhin schon in ihrem politischen Nationalismus. Einmal wohlhaft Dämonisches frönte er ihr aus, eine bacchantische Lebensfreude — die wohl Männer um allen Verstand bringen konnte.

— An der Schwelle einer neuen Zeit. Der höchste Landtag ist durch den Minister des Innern Freiherrn von Rodemann an Stelle des erkrankten Staatsministers Freiherrn von Büsch im Namen des Großherzogs eröffnet worden. Nach Bekanntgabe einiger Geheißvorlagen lag die Thronrede beim Abschluß des Krieges werden mit an der Schwelle einer neuen Zeit stehen. Die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des höchsten Staates weisen eine stetige Entwicklung auf im Sinne einer starken Vertiefung aller Volksteile an der Leitung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Unter Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Staatswesens werden die Einrichtungen des Staates, der Kreise und der Gemeinden in betrauten vollen Zusammenwirken von Geist, Volk und Verwaltung und den Anstrengungen einer Weiterbildung zuzuführen sein, welche dem Geiste der neuen Zeit Rechnung trägt.

— Graf Bismarck zur Lage. Im Laufe der Etatsdebatte in der jüngsten Zweiten Kammer erklärte Staatsminister Graf Bismarck von Calfat: über die Kriegsziele haben sich zwei Meinungen gebildet. Die einen verlangen, daß ein Friede erklöpft wird, der uns Erfolg der Opfer bringt; die anderen meinen, daß wir auf einen möglichst baldigen Friedensschluß hinarbeiten, damit der Opfer nicht mehr werden. Die Reichstagsentscheidung vom Juli 1917 kann unmöglich die Kriegsziele beurteilen, die sich im Oktober und November gestaltet hat. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte, daß wir zu einer Verständigung mit unseren Gegnern bereit sind, aber die Verständigung muß von uns nicht abhängen, dem Gegner, der eine Verständigung wünscht, die Folgen seines Zuns in jeder ganzen Schwere aufzulegen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß wir mit unserem stilligen Nachbar in absehbarer Zeit nicht zu einer Verständigung gelangen könnten. Es handelt sich nur darum, daß sich dort eine Regierung bildet, welche die Verständigung herbeiführt, die von der deutschen Regierung ein ernstes Friedensangebot macht. Wir haben keinen Grund, die Herren zu verkünnen. Unsere Lage ist auf allen Fronten ausgezeichnet und wir dürfen der Obersten Seeresleitung das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse voll ausnützen wird.

Parlamentarisches.

Das Abgeordnetenhaus legte am Donnerstag die Ernährungsäußerung vor. Der Zentrumsausschuß, Geistlicher in Oberleipzig, sprach im Sinne der Ausführungen des Internationalen Redners vor allem für eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, die an erster Stelle stehen mußte; Preisfrage und Verteilung feiner Angelegenheiten zweiten Ranges. Das Gesamtbild, das die Volksernährung gegenwärtig bietet, ist gewiß nicht erfreulich, aber durch einmütiges Zusammenwirken aller Stände werde es gelingen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Für die Aufrechterhaltung unseres Sozialpolitischen, wobei er allerlei Befürchtungen darüber Ausdruck gab, daß die gegenwärtige Reichsstaatspolitik in dieser Hinsicht nicht ganz zureichend sei. Für die Freiheitskämpfer sprach der Abg. v. Dersch, der sich dem Beobachter, daß die Verhandlungen jetzt übertrieben würden und daß der Schlechtwetterdampf nicht anzuhalten, aber die Verhandlungen doch nicht allzu traglich nahm, da sie nur der Not entsprängen. Der Sozialkommissar für Volksernährung, Herr v. Waldow, reichte diese als Angriff auf die Wandkarte getriebene Rindfleischfrage der Reichsstaatspolitik und sprach über die Ausgestaltung der Preisierungsverträge. Abg. Hoff, der für die sozialistische Volkspartei das Wort nahm, hob die einschlagende Bedeutung ausdehnender Ernährung der ländlich-industriellen Bevölkerung für das Durchhalten hervor und versicherte mit Genugtuung, daß das Reichsernährungsratsamt sich nunmehr in der Frage „Mensch oder Vieh“ die von der Linken stets vertretenen Grundzüge zu eigen gemacht hat. Auch im Zentrumsausschuß sprach er hierin gegen die Ziele des Herrn v. Schorlemer ein erfreuliches Wort einzugetreten. Nach einer längeren Rede des nationalliberalen Abg. Dr. Leub, der im ganzen einen vermittelnden

Sie lehnte dort — weit genug von den anderen getrennt, daß man nicht verstehen konnte, was sie mit ihrem Begleiter, dem Mittelmeister, sprach — an der von zahllosen roten Hühnerfüßen überwachten Wand des Lehnzuges, um man dortin gesellen hatte.

Und ihr schlanker, nun goldschattiger samt eingestülpter Leib, drückte sich begehrt immer tiefer in das leuchtende Rosenrot, als wüßte sie ganz genau, welchen poetischen und zugleich verführerischen Reiz die dunkelroten Blüten ihr gaben.

Dicht neben ihr stand Graf Solbers, bleich vor Leidenschaft, die dunklen Augen unterwandert auf sie gerichtet, und hammelte ihr eine Liebeserklärung nach der andern zu.

Ein Stuhl entfernt, das er von der Park in den Hofwald überging, schritt im Schatten der Bäume ein einhalmiger Mann unermüdet auf und ab.

Was ging ihm das Feuerwerk an, das oben begann? Er dachte nur an eines: Flora ist wieder da! Und nun ist das Kind nicht mehr so allein und keine Augen quälen mich nicht mehr mit der Frage: „Wann kommt Mama wieder?“ Nun kann ich endlich, endlich wieder ruhig werden!

Er lachte bitter auf.

„Ruhig? Nein! Im Gegenteil. Man fing die Qual doppelt, dreifach wieder an, wenn er sie Tag für Tag nebeneinander leben mußte — die eine, die ich immer neu begehre, deren kleine Hände seine härtesten Entschlüsse drückte wie Glas; und die andere, die wie ein reiner Stern in die Nacht seiner Seele leuchtete, vor der er sich unerbittlich hätte niederwerfen müssen und stehen Bergig! Und bist mir! Reize mir den Zauber aus der Welt, den verfluchten Zauber, der ich habe und der mich doch nicht losläßt.“

Standpunkt einnahm, vertagte das Haus die Weiterberatung am Freitag 12 Uhr.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat den Parteiführern am Donnerstag mitgeteilt, daß er Freitag in der Sitzung des Ausschusses vorzulegen wird, nach Vereinbarung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage am Mittwoch den 5. Dezember vorzunehmen. Nach der ersten Lesung der Wahlreform soll nach der Ansicht der Antragsteller der Antrag verhandelt werden, der von Konfessionen, einigen Zentrumsausschüssen und Nationalliberalen eingebracht ist und den Beamten volle Freiheit in der politischen Betätigung sichern will im Gegensatz zu der gegen die Betätigung für die Vaterlandspartei gerichteten Anordnung des Ministers des Innern Dr. Drehs.

Provinz und Umgegend.

Weißenfels, 30. Nov. Die letzte Stadtvorversammlung in Weißenfels genehmigte die Annahme einer Schenkung von 5000 Mark des Herrn Emil Goske anlässlich ihres 40jährigen Bestehens, sowie mehrere Stiftungen des verstorbenen Kenners Karl Scherwitz im Höhe von 30000 Mark. Die der Stadt zugefallenen Gelder sollen für wohltätige Zwecke verwendet werden. Eine Stiftung von 12000 Mark soll dem Gedächtnis des im Kriege gefallenen Sohnes des Gerichtsherrn Walter Scherwitz. Das Kriegsgeld der Stadt, das seit vorigem Jahr im Verzug ist, soll eingezogen werden; da sich die Papiermünze nicht bewährt haben, sollen für 1650 Mark Gelde, und zwar 100 000 Reichsmarkstücke in Metall, beschafft werden. — Die Höhe der Reichs- und ländlichen Familienunterstützungen werden für Kriegsveteranen monatlich auf 25 bis 20 Mark, für Kinder auf 15 bis 10 Mark erhöht. Die monatliche Mehrzahlung beträgt circa 9000 Mark. Bis Ende Juli d. J. sind 2 1/2 Millionen Mark Kriegsmittelrücklagen gezahlt worden, die zu Teilen der Stadtkasse fallen. Es sind zurzeit 2537 Frauen und 5215 Kinder bzw. andere unterförmlich berechnete Personen zu berücksichtigen. Den Dörfern gehören der städtischen Beamten und Lehrer sollen auch Kriegsteuerungszulagen gewährt werden.

Frauenhausen (Schiff), 30. Nov. In der Aktienbrauerei rißte wegen verschwendlichen Verbrauchs von Häckel der Braumeister Hartung abend zwischen 6 und 7 Uhr den 15jährigen Gehilfenführer Hans Wehm und gab dann bei mehreren frechen Angehörigen dem Jüngeren, der sich nicht losen lassen wollte, eine Maulschelle. Daraufhin warf der Würdige dem Braumeister einen großen Stein in das Auge, so daß das Brillenglas zertrümmert wurde, Glas splitter ins Auge drangen und dieses ausfiel. Der Gefasste mußte sich in eine Augenklinik nach auswärtigen begeben. Das Auge ist verloren.

Gommern, 30. Nov. Ein guter Kampf in unsemem Gendarmenwachmeister Rindewald gelungen. Er hat den mit dem 8 Uhr-Bug hier angekommenen Otoniumverwalter Ulrich Heilmann, der im Reize mit 1400 Mark durchgegangen war, den nach 800 Mark bei sich hatte, in den Schmelz gebracht, seine Güter wahren in Sachh, und 1000 Mark. In der Nacht zum 25. November betrat er nach der Petersstraße zu gelegenes Schaufwerk des bekannten Wobbenhans Polich den Einbrecher geschlagen worden, die dann aus der dahinter befindlichen Kasse folbare Damengarderobe in Werte von annähernd 6000 Mark stahlen. Auf die Wiederbeschaffung der Waren ist eine Belohnung von 300 Mark gesetzt worden.

Dresden, 29. Nov. Nach behördlicher Anordnung darf in Dresden vom 1. Dezember an die Temperatur in der Wohnräume in 8 Grad nicht übersteigen. Zu unterhandlungen, die durch ähnliche Nachprüfungen festzustellen, werden eine Gefährdung des Lebens und des Saft und eine Strafe bis zu 1000 Mark, wenn diese Befehle nicht befolgt sind. Auch kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden.

Witten i. B., 29. Nov. Ein irdisches Ende fand der 43jährige Gussbleicher Alwin Roppel aus dem hiesigen Städtchen. Vor einigen Wochen war er während einer Parteilagerung von Dresden nach Witten in eine Sunde in die Hand bekommen und schwerlich leicht verletzt worden. Nach acht Tagen stellten sich Schmerzen im

Die eine, die oben bei seinem Kinde saß, und die andere, die an sein Kind nicht einmal dachte und hier Hühnerfüße...

Die eine, die oben bei dem Weg verloren, und die andere, die er ihr nie finden würde, nie finden konnte, denn es gab ja keinen, der er gehen konnte.

Denn etwas stand hoch und heilig in ihm fest: Das Kind hatte ich nicht lassen und darf es auch Flora niemals nehmen...

Ein Djean von Licht ergoß sich plötzlich blendend über die ganze Landschaft, die er, ertrübt aus seinen Gedankens aufstieg und bewirkt um sich farrte. Und in diesem Lichtmeer hatte er eine unbegreifliche Vision: Er sah ein wunderschönes Weib, halb verumtelt in Rosen, die strahlenden blauen Augen lebensfähig beglückend in ein anderes Augenpaar vorstreckte. Er sah sie verheißungsvoll lächeln und es wollte duften, daß seine Mädchenform tatsächlich die ihre an die Lippen rührte. Und dann glitzerten diese strahlenden Augen blühend in ihrer Freude und die eben noch brennende Glut der Wangen erblickte schlüssig.

Zugleich erschloß die blendende Helle und tiefe Finsternis hüllte alles ein.

Das sah ihr über die Stirn. Denn das eine Witten — eine Vision — eine Vision? Stand dort an der rotenbedeckten Wand Lou? Dier war es nur ein Spiel seiner Phantasie gewesen?

Da fühlte er im Dunkel neben sich plötzlich ihre Nähe und den aufreißenden herben Duft wider Wohlblüthen, den sie als Parfüm benutzte.

Denn auch sie hatte ihn erkannt und der Schreck, er konnte mehr gehen haben, als ihr lieb war, trieb sie ebenfalls an seine Seite.

„Seino“, flüsterte sie heiss, „marum bist du nicht bei mir? Den ganzen Abend hält du dich fern! Was bedeutet dies?“ (Fortsetzung folgt.)

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,20 Mk. einsehl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Kreisprecher Nr. 324. —:

Gratisbeilagen:
Unbezahltes Unterhaltungsblatt
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wirtschaftliches Monatsblatt
Cottentelligen — Anzeigen

Einzelgenpreis: Für die einpfeilige Beilage aber deren Platz 25 Pf., im Restbetrag 50 Pf. Chiffreanzeigen und Anzeigen 20 Pf. mehr. Beilagen ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags. —: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 281

Sonntag den 1. Dezember 1917

44. Jahrg

Neue Angriffe der Engländer bei Cambrai zurückgeschlagen.

Der neue Kanzler.

Mit derselben Spannung, mit der das Werden der neuen Regierung Hertling-Bauer-Friedberg in der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes verfolgt wurde, sah man den ersten Auftreten des neuen Kanzlers im Reichstage entgegen. Die Tribünen des Hauses und der Saal selbst waren überfüllt wie selten an großen Tagen. Nicht nur sämtliche Staatssekretäre des Reiches, sondern auch alle preussischen Minister, unter ihnen der Vizepräsident Dr. Friedberg und die führenden Minister der süddeutschen Bundesstaaten wohnten der Donnerstag-Sitzung bei, in der Graf Hertling zum ersten Male als Kanzler zum deutschen Volke sprechen konnte. Kaum nachdem der neue Kanzler das Wort ergriffen hatte, war das Bindeglied zwischen ihm und der Volksvertretung hergestellt. Die Erfahrungen, über die Graf Hertling als langjähriger Parlamentarier verfügt, ließen ihn sofort den richtigen Ton finden, in dem ein Reichskanzler zu der Volksvertretung sprechen muß und in dem zu seinem eigenen Nachteil Herr Dr. Michaelis nicht sprechen konnte. Es zeigte sich in dem ersten Auftreten des Grafen Hertling, wie recht die Parteien der Linken hatten, wenn sie Vorstrafe hindurch verlangten, die leitenden Staatsmänner müssen aus derselben Volksvertretung einmündig sein, mit der sie zusammen zu arbeiten haben. Aber nicht nur die Sprache, mit der Graf Hertling sein außen- und innenpolitisches Programm entwickelte, gewann ihm das Vertrauen der großen Mehrheit des Reichstages, sondern auch der sachliche Inhalt seiner Ausführungen. Das, was er in den Tagen der Verhandlungen vor der einträglichen Übernahme des Kanzleramtes versprochen hatte, hat er reiflich gehalten. Er hat keine Einschränkungen gemacht, wie sie seinem Vorgänger bald so gefährlich wurden: er hat die Aufgabe für innerpolitische Reformen und für die Führung der auswärtigen Politik im Sinne der Mehrheitsparteien erfüllt. Dem Grafen Hertling, der von dem Präsidenten Dr. Koepff wie noch nie zuvor ein Reichskanzler freundlich begrüßt wurde unter Anknüpfung an die letzte Rede, die er als Zentrumsführer im Reichstage gehalten hat, ist es nicht leicht geworden, an die Spitze des Deutschen Reiches zu treten. Er bekannte es selbst und versicherte, daß ihn nur die Pflicht, dem Vaterlande das Beste zu geben, zu der Übernahme des Kanzleramtes veranlaßt habe. Aber wenn man dann den neuen Kanzler sprechen hörte, fröhlich und frei mit laut vernünftiger Stimme, so konnte man vergessen, daß er ein hoher Siebziger ist. Es fiedt viel Energie in dem kleinen Körper, und dieser Energie wird Graf Hertling auch bedürfen, wenn er kein Programm, das er am Donnerstag unter Zustimmung der Mehrheitsparteien im Reichstage entwickelte, gegen die offenen und versteckten Feinde, die sich auf der Rechten und bei den unabhängigen Sozialdemokraten durch Zwischenschübe vernehmen lassen, durchführen will. Dieses Programm besteht formell in dem Vorschlag, vertrauensvoll mit dem Reichstage in allen Fragen zusammen zu arbeiten. Sachlich will er den Erfordernissen der neuen Zeit gerecht werden, und er bekannte sich damit zu der Verharmlosung der Neuorientierung, deren eifriger Förderer er bereits als bayrischer Ministerpräsident gewesen ist. Er versprach, daß in der nächsten Tagung das Arbeitskammergesetz dem Reichstage zugehen werde und ebenso auch die Vorlage zur Gewerbeordnung, die den Gewerkschaften die Kooperationsfreiheit sichert. Nur mit einem Satze, aber deutlich verständlich für alle, auch für die konservative Rechte, die durch Zwischenschübe zu erkennen gab, daß sie den Satz auch wirklich verstanden hatte, ließ Graf Hertling erkennen, daß er sich für die Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform mit aller Kraft einsetzen werde. Die Sozialpolitik soll fortgeführt und erweitert werden. Die Genjur soll eine Milderung erfahren, die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes sollen gelockert werden.

Nach einer Schilderung unserer günstigen Kriegslage und nach Worten herzlichen Dankes für die wackeren Kämpfer zu Wasser und zu Lande widmete Graf Hertling einen großen Teil seiner Ausführungen der auswärtigen Politik. Er stellte an die Spitze die von dem Reichstage mit lebhaftem Beifall aufgenommene Mitteilung, daß am Mittwoch abend die gegenwärtige russische Regierung Lenins an die Regierungen der Völker der kriegführenden Länder funktentelegraphisch die Aufforderung gerichtet hat, zu einem nahen Termin die Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. Auf der Grundlage unserer Antwort auf die Botschaft, zu der sich der Kanzler nun bekannte, sollen die Vorschläge der russischen Regierung geprüft werden und soll mit den bevollmächtigten russischen Vertretern verhandelt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker soll bei diesen Verhandlungen beachtet werden, und von solchen Verhandlungen erhofft Graf Hertling, daß sie uns den Frieden bringen können. Wie es bei Beginn des Krieges feierlich versprochen wurde, daß uns nicht Eroberungslust treibe, so soll es bleiben, und nicht bei uns Versehen die Eroberungssüchten, sondern bei den Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens, denen wir mit unseren Friedensüberlegungen keinen Freiberuf geben haben. Schon der lebhafteste Beifall, den die Darlegungen des Kanzlers bei den Mehrheitsparteien weckten, ließ erkennen, daß er ihrer Zustimmung sicher war.

In den Erklärungen, die für das Zentrum der Abgeordneten, für die Sozialdemokratie Herr Scheide mann, für die Fortschrittliche Volkspartei der Abgeordnete Fischel und für die Nationalliberalen Dr. Stresemann abgab, wurde das bekräftigt. Wie in parlamentarischer Form auf die russische Botschaft eine wertvolle Antwort gegeben wurde, so wurde auch die Wichtigkeit der Beratungen der Reichstagskommissionen für die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen hervorgehoben. Die Beratungen der Reichstagskommissionen sind für die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen von großer Wichtigkeit. Die Beratungen der Reichstagskommissionen sind für die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen von großer Wichtigkeit. Die Beratungen der Reichstagskommissionen sind für die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen von großer Wichtigkeit.

durch das Reichstagswahlrecht mit einigen Modifikationen ersehen wird, vorgelegt erworben ist, erscheint es angebracht, hervorzuheben, wie sehr das Dreiklassenwahlrecht die Zulassung einer Volkvertretung beeinflusst hat. Das ergibt sich aus einem Vergleich zwischen der Zulassung des preussischen Abgeordnetenhauses in seiner gegenwärtigen Gestalt und den Reichstagsabgeordneten, die in den 236 Reichstagsabgeordneten Preussens gewählt worden sind. Ein Vergleich zwischen der Vertretung der 413 preussischen Landtagsmandate und der 236 preussischen Reichstagsmandate zeigt, daß gegenwärtig vertreten sind

	im Abgeordnetenhause:	im Reichstage:
Nationalliberale	75	25
Deutschkonservative	148	56
Deutsche Fraktion (Freitonk.)	54	25
Zentrum	103	50
Polen	12	14
Nationalliberale	75	25
Fortschrittliche Volkspartei	40	25
Sozialdemokraten	10	50
Wilde	3	5
	443	236

Diese Nebeneinanderstellung bietet eine Erklärung, weshalb die Konventionen von dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrecht für das preussische Abgeordnetenhaus nichts wissen wollen. Es ist nicht auch, weshalb der konservative Führer von Preußen am 17. Januar im preussischen Abgeordnetenhause die Zulassung des Abgeordnetenhauses als fast ideal bezeichnet hat und warum er an dem indirekten und ungleichen Dreiklassenwahlrecht in Preussen höchsten Schatzmeister erweisen konnte. Ein völlig außerordentliches Bild von der zukünftigen Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses liefert die obige Zusammenstellung nicht, weil die Wahlkreisverteilung für den Reichstag und das Abgeordnetenhaus vielfach von einander abweicht und weil auch das neue Wahlrecht für Preußen in nicht unwesentlichen Punkten sich von dem Reichstagswahlrecht unterscheidet, so daß viele Reichstagswähler, auch wenn sie Preußen sind, bei den Landtagswahlen nicht werden mitzählen dürfen, falls nicht noch Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen werden.

Die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Der Tag, an welchem Graf Hertling als sich dem Abgeordnetenhaus als preussischer Ministerpräsident vorstellen wird und die Beratung der Wahlrechtsvorlage und der Herrenhausreform beginnen soll, steht noch nicht fest. Es ist durch den bisherigen Gang der Beratungen zweifelhaft geworden, ob der in Aussicht genommene Termin des 4. Dezember innegehalten werden kann oder ob nicht eine Verlegung auf Mittwoch, den 5. Dezember, eintreten muß. Emballung wird darüber eine Donnerstag oder Freitag stattfindende Beratung des Ausschusses entscheiden.

Graf Hertling darf erst nach drei Jahren wählen. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu der Frühlingswahl für die Wahlberechtigung: Die ganze Bestimmung und ihre Ausführung wird durch ein einziges Beispiel ad absurdum geführt. Unter sie fällt nämlich auch der neue preussische Ministerpräsident Graf Hertling, der durch seine Berufung die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat. Auch er soll sich nach dieser weihen Begründung erst drei Jahre lang in die politischen Verhältnisse Preussens einleben, ehe er das Wahlrecht erhält, inwieweit aber durchaus befähigt sein, die Geschäfte Preussens zu leiten.

Die Letztinstanz als allgerichteinstanz. Die Letztinstanz in einer konservativen Versammlung in Preußen hielt der konservative Abgeordnete von Born in Preußen einen Vortrag, in dem er von der Neuorientierung nicht wissen wollte. Das Reichstagswahlrecht ist viel reformbedürftiger als das Landtagswahlrecht. Wir werden uns vor die Dynamik der Sozialisten stellen und werden sie gegen den Reichstag und gegen die königliche Staatsregierung mit unseren Leibchen zu bedecken suchen! — Köstlich!

Der Weltkrieg

Das russische Waffenstillstands- und Friedensangebot.

Berlin, 29. November 1917.
Reichskanzler Graf von Hertling machte heute im Reichstag folgende Mitteilung:
Die russische Regierung hat gestern von Zarsoje Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trojtsch und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Herrn Dema

Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Dreiklassenwahlrecht und Reichstagswahlrecht. Nachdem nunmehr dem preussischen Landtag ein Gesetzentwurf, der das Dreiklassenwahlrecht beseitigen und